

CHRONIK DER ZEIT

Menschlichkeit und Politik in Korea

Die koreanische Frage weist wahrhaft tragische Verstrickungen auf. Die schwersten Probleme unserer Zeit liegen dabei auf der Waage. Die Waffenstillstandsverhandlungen sind vor allem an der Frage der Repatriierung der Kriegsgefangenen gescheitert (wobei offenbleiben kann, ob sie nicht in jedem Falle gescheitert wären, weil der Kreml den Koreakrieg ins Unendliche fortspinnen will). Repatriierung ist die Rückführung ins Vaterland (Patria) der Kriegsgefangenen. Der kommunistische Block verlangt nun, daß die Kriegsgefangenen insgesamt zurückgeführt werden sollen, auch jene, die nicht heimkehren wollen. Die Vereinigten Staaten widersetzen sich jeder zwangsweisen Repatriierung. Sie wollen niemanden repatriieren, der in seinem Heimatstaat nicht mehr — für den Augenblick wenigstens — sein „Vaterland“ sieht. Die Gebote der Menschlichkeit verlangen in der Tat, daß solch eine Repatriierung nicht stattfindet. Sie wäre eine Auslieferung — eine Auslieferung in den Tod, da jedermann weiß, wer auf diejenigen Menschen wartet, die sich in den Lagern inzwischen durch die Propaganda und Aktivität gegen das Regime ihres Heimatlandes exponiert haben. Sie würden alle von dem Henker in Empfang genommen werden. Was würde aber aus den freiheitlichen Bewegungen der Welt werden, wenn das Prinzip allgemein anerkannt werden würde, das die Kommunisten in Panmunion mit solcher Leidenschaft vortragen? Das Prinzip besagt, daß jedem Staat jeder ausgeliefert werden müßte, der gesetzlich sein Untertan ist und den er zurückverlangt, sei es auch nur, um ihn ins Jenseits zu befördern. Die Menschlichkeit gebietet in der Tat, den Menschen ein Asyl vor der Rache und der politischen Verfolgung zu geben.

Das von dem kommunistischen Block vortragene Prinzip war sicherlich bisher die Regel. Die „Times“ meinte ja auch, man sollte das Prinzip gar nicht erst anfechten, sondern nur Begründungen für eine Ausnahme suchen. Aber die Kriege, in denen dies Prinzip als Regel galt, waren keine Bürgerkriege wie die modernen. Hier beginnt nun die tragische Verstrickung. Die Zurückgebliebenen können (das ist das mindeste) zu einer Waffe gegen das heimische Regime gestaltet werden. Es ist internationale Praxis geworden, Exilregierungen aufs Eis zu legen, um sie im gegebenen Augenblick hervorzuholen. Solch große Gruppen von Menschen, die dem Regime ihres Vaterlandes feindlich gesinnt sind und in dieser Feindschaft auch noch geschult worden sind, können als Waffe eines offe-

nen oder schleichenden Bürgerkrieges in Reserve gehalten werden. Man erinnert sich daran, daß der gewählte Präsident der USA, Eisenhower, im Wahlkampf die „Befreiung“ aller Völker unter kommunistischer Herrschaft als Ziel verkündet hat. Bei einer solchen Befreiung spielen aber die Vertriebenen, Verbannten und Emigrierten immer eine große Rolle. Sie sind immer der Sturmbock in solch einem inneren und äußeren „Befreiungskrieg“.

Der Vorschlag der indischen Delegation bei der UNO schien daher einen Ausweg zu geben. Indien schlug vor, die Gefangenen, die nicht repatriert werden wollen, in ein Lager unter UNO-Kontrolle zu verbringen. Die UNO würde gewissermaßen das Asyl jener werden, die ein internationaler Bürgerkrieg zu Vaterlandslosen gemacht hat. Sie könnte am ehesten verbürgen, daß solch ein Asyl sich nicht in ein Ausbildungslager für den kalten Krieg verwandelt. Das würde auch schon dadurch gewährleistet sein, daß ja beide Mächtegruppen der Welt an der Kontrolle solch eines Lagers beteiligt wären. Dem Buchstaben nach ist der Krieg in Korea ja immer noch ein Krieg der UNO, und die Kriegsgefangenen in Korea sind Gefangene der UNO.

Der indische Plan ist von den Sowjets — wie nicht anders zu erwarten war — abgelehnt worden. Es wird vorläufig wieder keinen Waffenstillstand geben. Die Frage hat — wiederholen wir es — eine unendliche Bedeutung für unsere gegenwärtige Welt, denn es gibt ja noch Millionen auf der Erde, für die eine Rückkehr in ihr Vaterland nur Tod und Kerker bedeutet, und die andererseits immer Gefahr laufen, Werkzeuge im kalten Krieg der Welt zu werden.

Völkerhilfe und Hilfsvölker

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Eisenhower, hat im Wahlkampf versprochen, daß er die Koreafrage einer Lösung zuführen werde. Korea ist aber noch immer unser Schicksal. Der Koreakrieg überschattet selbst jegliche Tarifverhandlung; er hängt an all unserem politischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Tun wie ein Klotz am Bein. Die Welt verbraucht ja immer noch nahezu eine viertel Billion (250 Milliarden) für die Rüstungen (würde man die Summe unter die Angehörigen der Bundesrepublik verteilen, bekäme jeder 50 000 D-Mark). Eisenhower hat einem Plan das Wort geredet, die amerikanischen Truppen aus Korea herauszunehmen und die Hauptlast des Krieges den verbündeten Völkern aufzuerlegen. Das sind vor allem die Südkoreaner. Das mögen die Chinesen sein, die auf Tschiang Kai-schek hören. Aber das kann

wohl nicht ausreichen, wenn man hört, daß Rotchinesen und Nordkoreaner nunmehr mehr als eine Million schwerbewaffneter Menschen im Kampfe stehen haben. Damit wird wohl Südkorea allein nicht fertig werden können. Es bliebe also nur Japan. In der Tat hat der Führer der Republikaner im Repräsentantenhaus erklärt, man solle nationalchinesische und japanische Truppen in den Kampf werfen. Mit kleinen Kontingenten würde es aber wohl auf die Dauer nicht gehen. Dann bliebe nur ein Nationalkrieg der Japaner übrig. Das bedeutete aber, daß aus dem Krieg der Vereinten Nationen in Korea der chinesisch-japanische Krieg **von** einst wird. Mit der Eroberung von Korea begann ja Japan einst den Sprung auf das Festland. Von da aus eroberte es seinen Raum auf dem asiatischen Festland, woraus schließlich der Krieg gegen China wurde. Am Anfang wurden dabei die Japaner sogar von den alten Mächten der Welt ermutigt. Die republikanische Außenpolitik verrät eine unverkennbare Neigung, die amerikanische Weltpolitik auf die Hilfsvölker zu gründen (mehr als es die bisherige amerikanische Außenpolitik ohnehin tat). Da diese nicht immer nur für die Ideale Amerikas fechten werden wollen, wird man an ihre eigenen Interessen appellieren müssen. Man wird sie daher „ihre“ Kämpfe und Kriege führen lassen: die ewig alten schrecklichen Kämpfe und Konflikte der Erde. Es wäre bitter, wenn die amerikanische Politik statt auf Völkerhilfe auf Hilfsvölkern ruhte.

Kommunistischer Antisemitismus

Der Prozeß, der in Prag gegen den einst gefürchteten Generalsekretär der Kommunistischen Partei, S l a n s k y, und gegen 13 weitere ehemalige Mitglieder der Partei geführt worden ist, erhielt eine eigentümliche Note durch den eindeutigen antisemitischen Unterton. Zwölf von den dreizehn Angeklagten sind Juden. Slanskys programmgemäßes Geständnis enthielt eine Stelle, worin er beklagt, gegenüber dem Antisemitismus so schroff gewesen zu sein und ihn so ernst genommen zu haben. Zionistische Gesinnung gehört zu den Punkten, die den Angeklagten als Schuld vorgeworfen werden. Das Bild der großen Weltverschwörung gegen den kommunistischen Staat, deren Werkzeuge die Angeklagten gewesen seien und als deren Drahtzieher jüdische Dollarfürsten erscheinen, könnte den „Weisen von Zion“ entnommen sein. Der antisemitische Zug in der Politik der Satelliten-Staaten ist nicht neu. Der Sturz der Anna P a u k e r in Rumänien war von antisemitischer Propaganda begleitet und wurde vielfach aus dem Bemühen der Machthaber Rumäniens erklärt, den antisemitischen Stimmungen der Bauernmassen entgegenzukommen.

Im Dritten Reich war es die herrschende Auffassung, daß die Völker des Balkans und Zwischeneuropas die geborenen Objekte für die antisemitische Propaganda des Reiches seien. Der Einmarsch in Prag am 15. März 1939 geschah nicht zuletzt — was vielfach übersehen wird —, weil Prag mit den jüdenfeindlichen Maßnahmen nicht schnell genug war. Kurz vor dem Ende der Tschechoslowakei erklärte der Reichsaußenminister v. R i b b e n t r o p, daß das Reich einen Ring antisemitischer Staaten im Osten um sich legen wolle. Aus dem Balkan stammte der Nationalsozialismus; zum Balkan kehrte er zurück. „Zwischeneuropa“ aber hat viel von seinem Wesen — unter anderen Zeichen und Wimpeln — bewahrt.

In Erwartung der Krise

Die Regierung Pinay hat eine lange und von einigen nicht erwartete Lebenskraft an den Tag gelegt. Aber niemand zweifelt daran, daß Frankreich in einer nicht recht faßbaren, nicht einmal recht erklärbaren Krise bleibt. Der tragische Kampf in Indochina zehrt an seinen Kräften. Seine europäische Politik ist zunehmend von Mißtrauen und Verärgerung beseelt. Es bleibt daher der Beachtung wert, daß General de G a u l l i e noch immer seine Politik auf eine Krise abstellt: auf eine große Krise in Frankreich, die zu einer nationalen Panik führt. Seine Bewegung wird kleiner und kleiner, weil seine Anhänger nicht warten wollen, besonders jene nicht, von denen einer dem General in einer Parteisitzung jüngst zugerufen hat: „Ohne Sie wäre ich heute Minister.“ Aber der General möchte sich nicht verbrauchen lassen; er möchte weiter die Rolle des Retters spielen, den sich Frankreich holt, wenn die Stunde der Gefahr kommt.

Auf den Augenblick, der durch den Sturmruuf „Das Vaterland ist in Gefahr“ gekennzeichnet ist, muß General de Gaulle schon deswegen alles abstellen, da die übrigen Losungen seiner Bewegung sich verbraucht haben. Der Gaullismus hat eine Idee der „Association capital-travail“ verkündet: einer Assoziation zwischen Kapital und Arbeit, in der sich auch schon de Gaulles Gegner und — Bahnbrecher — Pétain, versucht hat. Das läuft auf eine Bindung des Arbeiters an den Betrieb hinaus. Es ist genau das Gegenteil von dem, was die französische Wirtschaft notwendig hat. Der Arbeiter solle „organisch“ mit dem Unternehmen verbunden werden, in dem er arbeitet. Der Gaullismus — so erklärte in diesen Tagen einer seiner bedeutendsten Wortführer, René C a p i t a n t — wolle die politische Demokratie ebenso wie die soziale Demokratie wieder herstellen. Die politische Demokratie sei durch das parlamentarische Regime erstickt worden. Capitant redet daher einer

Verfassungsreform das „Wort, die eine Auflösung des Parlaments leichter macht, den „Appell ans Volk“ und ein Referendum vorsieht. Die wahrt soziale Demokratie aber könnte — so will es Capitant haben — nur dadurch wiederhergestellt werden, daß der Arbeiter die Freiheit wiedergewinnt, die er preisgab, als er den Status des Lohnarbeiters annahm. In Wahrheit braucht aber Frankreich, das ist gegen Capitant zu sagen, eine industrielle Revolution und nicht Ideen des sozialen Katzenjammers.

So bleibt nur die Außenpolitik. Die Bewegung lebt von dem Kampf gegen den Generalvertrag, der in den Augen des Generals ist: „die Phantasie eines Seiltänzers, die zu nichts anderem als zu einer deutschen Vorherrschaft in Europa führen kann“.

So wartet der General auf Frankreichs Marneschlacht, die ein verängstigtes Volk nach dem Retter rufen läßt: darauf, daß die deutsche Gefahr sehr sichtbar ihr Haupt erhebt oder die Krise in Nordafrika zum Sturme wird. Der General hat es darum abgelehnt, sich in die Nationalversammlung wählen zu lassen. Er will sich als Retter aufsparen: Für den Tag des Unglücks.

Politische und soziale Tatkraft aber ist immer die Rettung der Völker vor den Rettern.

Die neuen Nationalliberalen

Daß die FDP eine Partei aus einem geistigen und soziologischen Guß wäre, ist nach ihrem Parteitag in Bad Ems nur mit sehr viel Kühnheit zu behaupten. Die Gegensätze in der Partei sind auf dem Parteitag voll hervorgetreten. Die Partei darf sich sicherlich zugute rechnen, daß sie nicht eine bloße theatralische Demonstration der Einheit veranstaltete und die Gegensätze zwischen Richtungen und Persönlichkeiten nicht sonderlich zu verstecken suchte (auch wenn man natürlich bemüht war, durch Kompromißformeln, die organisatorische Einheit zu bekunden und das Existenzminimum geistiger und politischer Einheit der Partei als vorhanden zu erweisen). Die FDP umfaßt das politische Erbe der alten demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist die nationalliberale Erbmasse im Begriff, fast beherrschend durchzuschlagen. Der Vertreter Niedersachsens erklärte etwa, daß die Partei in Niedersachsen nicht mehr als 200 Wähler hätte, wenn sie nur die demokratischen und liberalen Menschen anspräche. Vermutlich tat der Redner dabei dem Lande Niedersachsen Unrecht, aber sehr häufig sind die echten Liberalen in der FDP wirklich nicht mehr. Die nationalliberalen Züge in der FDP können kaum viel Gefallen erregen. Es ist schwer zu bestreiten, daß der Nationalliberalismus des Kaiserreiches teil-

weise zum Unerfreulichsten gehörte, was die moderne deutsche Politik hervorgebracht hat — trotz so glänzender Figuren wie Bennisgen, Stauffenberg, Miquel, Lasker u. a. im frühen Nationalliberalismus und trotz einer so hervorragenden Gestalt wie Stresemann, die um Nachsicht für den Nationalliberalismus heischt. Vom Liberalismus war da manchmal nicht viel mehr, übriggeblieben als die kapitalistische Erwerbsfreiheit und vom nationalen Gedanken ein großkapitalistischer Imperialismus. Es läßt sich kaum bestreiten, daß der Nationalliberalismus außerordentlich viel getan hat, um in den herrschenden Klassen Deutschlands jenen blasierten Hochmut gegenüber den Fragen der Zeit zu züchten, der sich dann so bitter am deutschen Volk gerächt hat, und aus der Anbetung des Erfolgs eine deutsche Religion zu machen versuchte.

Der Parteitag in Ems ist ein Zeichen dafür, wie viele deutsche Parteien einem übermalten Bilde gleichen, bei dem die darunterliegende Zeichnung wieder hervortritt und durchschimmert. Eine Anzahl deutscher Parteien wollte verschiedenartige politische Kräfte zu einem neuen Gebilde zusammenschmelzen. Aber vielfach werden nun aus der Schmelzmasse die ursprünglichen Elemente wieder ausgeschieden.

Als verbindende Kraft ist in Bad Ems verwiegend die Idee und das Programm der freien Wirtschaft genommen worden. Die vielfachen Erklärungen, daß die SPD als Bündnispartner nicht in Frage komme, hat doch wohl einen Anklang in der Mehrheit gefunden. Reinhold Maier hat die Koalition in Württemberg zwischen der Demokratischen Volkspartei Württembergs und der SPD unter den Schirm eines Kulturliberalismus (zuweilen sogar eines Antiklerikalismus) gestellt. Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in der Tat ein gemeinschaftlicher Nenner zwischen der Freien Demokratischen Partei und der SPD außerordentlich schwer zu finden.

Deutsche Parteien sind nun allerdings gewohnt, auf zwei Hochzeiten zu tanzen, und politische Ehen in Deutschland werden durch die Parlaments-Arithmetik geschlossen. Die Parteien paaren sich fast in jedem deutschen Lande anders. Daß die Bewußtseinspaltung bei der FDP aber so besonders kraß in Erscheinung trat und daß fast jedes deutsche Land seine Spielart von liberaldemokratischer Ideologie und Politik in Bad Ems vorführte, ist besonders auffallend, wenn man sich überlegt, wie sehr der Liberalismus einmal in Deutschland eine große „nationalisierende“ und vereinheitlichende Kraft darstellte.

Ein Teil der Führer der FDP will in den Schmelztiegel, dessen vereinheitlichende Kraft sich noch nicht jenseits allen Zweifels

erwiesen hat, noch mehr und neue politische Elemente hineinschütten. Die FDP hegt in manchen ihrer Gruppen die Hoffnung — die auch andere politische Bewegungen in Deutschland haben —, die politisch Heimatlosen (vor allem ehemalige Pj und Soldaten) bei sich aufzunehmen. Einige der Führer des rechten Flügels hegen anscheinend sogar den Traum, der auch BHE und DP umgreift, eine große Sammelpartei rechts von der Sozialdemokratie zu schaffen und jene Union zu gründen, wie sie CDU/CSU teils erfolgreich, teils erfolglos in Deutschland versucht haben. Die Auseinandersetzungen um die sogenannte Einbeziehung der ehemaligen Parteigenossen in die politische „Verantwortung“ folgte vertrauten Linien. Die einen erklären, daß man diese Gruppen nicht ewig ihrem Ressentiment

überlassen könne. Wer in einer demokratischen Partei mitarbeiten wolle, den müsse man mitarbeiten lassen — auch wenn es sich um Prominenz aus jüngster Vergangenheit handle. Die anderen fürchten eine „Unterwanderung“ der Partei und sind nicht einmal sicher, ob nicht — wenn die Arme allzu weit und erbarmend geöffnet werden — in der Partei in einigen Jahren diskutiert werde, ob man prominente Mitglieder der früheren liberalen und demokratischen Partei aufnehmen solle. Man muß wohl in der Tat fürchten, daß die FDP, auf diese Weise zur Massenbewegung geworden, ihre liberalen Elemente nur mehr in einer homöopathischen Dosis enthalten wird. Liberalismus aber in Deutschland wird es mehr geben können als es Liberale gibt.

PROF. DR. MICHAEL FREUND